



„Wider den Dilettantismus“

Rolf Weder, Professor für Ökonomie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und am Europainstitut der Universität Basel

Mir scheint, dass wir zunehmend in einer Welt leben, in der öffentlich auftretende Mitbürger und Mitbürgerinnen schneller schreiben oder reden als sie denken können. Diese Tendenz ist eng mit einem zunehmenden Dilettantismus verbunden: die Leute artikulieren sich selbstbewusst in einer oberflächlichen Art zu zahlreichen Dingen, die sie nicht verstehen oder nicht einmal zu verstehen versuchen. Da sie sich aber in der Öffentlichkeit äussern, werden diese Aussagen oder Schriftstücke wahrgenommen. Sie provozieren zwar Richtigstellungen durch diejenigen, die sich mit den Zusammenhängen vertieft befasst haben. In Anbetracht der heutigen Informationsflut in den zahlreichen zur Verfügung stehenden Medien ist es für Beobachter meines Erachtens aber schwierig, zwischen durchdachten und dilettantischen Aussagen zu unterscheiden. Lassen Sie mich einige Beispiele anhand von zwei aktuellen Themen, der Finanzkrise und der Personenfreizügigkeit, diskutieren und dann ein paar Folgerungen ziehen.

Ein Staatspräsident meinte beim Ausbruch der **Finanzkrise** zum Beispiel, dass ein „neues Bretton Woods“ nötig sei, um die internationalen Finanz- und Kapitalmärkte in den Griff zu bekommen (NZZ, 26.9.08, S. 19). Anfangs dieses Jahres bekräftigte er an einer Tagung unter Politikern, dass der Staat als schützende und regulative Kraft zurückkehren und dem amoralischen System des Finanzkapitalismus entgegentreten müsse zugunsten eines „Kapitalismus der Unternehmer“ (NZZ, 9.1.09, S. 19). Dabei blendet

er völlig aus, dass das erste durch fixe Wechselkurse und Zahlungsbilanzinterventionen gekennzeichnete Bretton Woods-System anfangs der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts kläglich zusammenbrach, gerade weil es ein zu inflexibles und von Staatsinterventionen geprägtes System darstellte. Und mit seinen Aussagen an der Tagung verkennt er, dass der Banken- und Finanzsektor einer der am meisten regulierten Branchen der Wirtschaft ist und dass Eigendynamiken des Managements auch im Industriesektor beobachtbar sind. Natürlich steht der Staatspräsident mit seinen Aussagen hier nicht alleine, sondern spricht das aus, was viele aufgrund oberflächlicher Wahrnehmung glauben (und deshalb vielleicht hören wollen).

Wirtschaftswissenschaftler, die sich mit der Finanzkrise vertieft auseinandersetzen, kommen zu ganz anderen Schlüssen. Die Finanzkrise wurde durch die Staatengemeinschaft selber, insbesondere die USA, erst ermöglicht. Ein Gemisch von hohen Staatsausgaben, einer Wohneigentumsförderung zugunsten einkommensschwacher Gruppen und einer expansiven Geldpolitik des Fed, initiiert durch den Notenbankchef Alan Greenspan, entsprach unter anderem dem allgemeinen Wunsch, mit einer aktiven Konjunkturpolitik des billigen Geldes schnell aus der sich bemerkbar machenden Rezession anfangs des 21. Jahrhunderts herauszukommen. Der die ökonomische Theorie ernst nehmende Kommentator wies zwar auf die Gefahren dieser Politik

hin (prozyklische Wirkung, Inflation). Er ging in der allgemeinen Euphorie, die meistens mit dem Nebensatz „die alte Theorie ist überholt“ verknüpft ist, unter. Die negativen Konsequenzen waren für viele in dieser Stärke dann wohl doch unerwartet. Hierzu beigetragen haben die zu wenig durchdachten und eigennützig entwickelten internen Anreizsysteme in Finanzinstituten, die das risikofreudige Verhalten von (Top-)Managern zulasten der Aktionärinnen einseitig belohnen. Dazu kommen die vom Staat verordneten Bankenregulierungen selber, die bei Ausbruch der Krise die Tendenz haben, das Verhalten der Akteure in eine die Krise verstärkende Richtung zu lenken. Auf beides wurde von Kennerinnen der Materie schon vor Jahren hingewiesen.

Wenn nun ein „bester Politikjournalist 2008“ im BAZ-Magazin schreibt, dass „Regulierungen kein Schimpfwort“ mehr darstellen würden



Europainstitut der Universität Basel
Gellertstr. 27
Postfach, 4020 Basel

und dass die „beschlossenen schweizerischen Konjunkturprogramme von lächerlicher Bescheidenheit“ seien, dann zeugt auch dies nicht von Einsicht in die Thematik (Das Magazin, 01/2009, S. 6). Es beflügelt vielleicht diejenigen Kreise, die in ihrer irrigen Meinung bestärkt werden und etwas tun möchten. Zu bedenken ist, dass ohne aktive Konjunkturpolitik der Staat über die sogenannten automatischen Stabilisatoren (sinkende Steuereinnahmen, höhere Staatsausgaben) bereits eine lindernde Wirkung auf Rezessionen hat. Zudem würde in einem kleinen Land wie der Schweiz ein grosser Teil der speziellen Konjunkturprogramme zum Beispiel über die Importe im Ausland verpuffen. Vor dem Hintergrund der hier skizzierten Zusammenhänge zu den Ursachen der Krise müsste man sich schliesslich fragen: ist die als „lächerlich“ dargestellte Bescheidenheit nicht vielleicht gerade eine Tugend in der Zeit grosszügiger Übertreibungen?

Dilettantische Aussagen findet man nicht unerwartet auch bei der Diskussion zur **Personenfreizügigkeit**. Wenn behauptet wird, dass ein Nein zur Fortführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union der Schweizer Wirtschaft nütze und dadurch die Arbeitslosigkeit vermindert würde (Insertat in NZZ vom 7.1.09, S. 7), dann ist dies

schlicht falsch. Die Aussage ignoriert, dass der Zusammenhang zwischen Immigration und Arbeitslosigkeit bisher nicht nachgewiesen werden kann, und sie verkennet, dass ein Nein in der kommenden Abstimmung die schweizerische Wirtschaft über die Infragestellung bzw. Aufhebung Bilateralen Abkommen mit der EU mit grossen Problemen konfrontieren würde. Wer gegen die Fortführung und Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommen ist, begünstigt durch die Behinderung des bilateralen Weges gar den EU-Beitritt der Schweiz, worauf ich in einem kürzlich erschienen Buchbeitrag hingewiesen habe. Ein Ja am 8. Februar 2009 wäre kein revolutionärer Schritt, sondern würde den in der Geschichte weit zurückgehenden hohen internationalen Integrationsgrad der Schweiz - gerade auch bezüglich des internationalen Austausches von Arbeit - einfach fortführen.

Zum Schluss stellt sich die Frage, was die in diesem Beitrag anhand von einigen Beispielen illustrierte Untugend begünstigt hat. Natürlich bestand sie im Grundsatz schon immer. Doch vermute ich, dass das Ausmass zugenommen hat. Zugegeben: wir alle leiden in einem gewissen Mass an Dilettantismus, weil wir zu Themen Stellung nehmen müssen oder glauben, dies tun zu müssen, die wir letztlich nicht richtig verstehen. Was

ich hier bemängle, ist die Tatsache, dass dies in der Öffentlichkeit von vielen mit einer Selbstverständlichkeit getan wird. Vielleicht handelt es sich bei einigen gar um ein bewusstes (populistisches) Kalkül, weil es wichtiger ist, sich überhaupt zu artikulieren, und die Konsequenzen einer unzulänglichen Aussage als gering erscheinen. Es kann mit den Medien zu tun haben, die lieber prominente Köpfe zu allen möglichen Themen etwas sagen lassen wollen, als unterschiedliche, zum Teil unbekannte, Expertinnen zu Worte kommen zu lassen. Der Grund mag auch in der Zunahme des persönlichen - und institutionell geförderten - Wunsches nach Profilierung liegen.

Ich schliesse mit der Hoffnung, dass auf allen Ebenen der öffentlichen Artikulation die Tugenden der Beschränkung auf das, was man wirklich weiss, der Bescheidenheit und der Qualität wieder an Bedeutung gewinnen und sich langfristig - vielleicht wegen der zunehmenden Ausbildung der Beobachtenden - letztlich doch durchsetzen mögen. Zumindest Wissenschaftler haben hier eine Vorbildfunktion zu leisten - sei es dann, wenn wir uns selber in der Öffentlichkeit äussern, oder sei es, wenn wir unser beschränktes Wissen den Studierenden weitergeben, die später selber in der Öffentlichkeit auftreten werden.

„Schweiz - Europa: wie weiter?“

Kontrollierte Personenfreizügigkeit

Herausgegeben von Georg Kreis

Aus dem Inhalt:

Georg Kreis: *Ein langer Weg in Etappen*

Christa Tobler: *Fortführung und Ausehnung des Freizügigkeitsabkommens*

Rolf Weder: *Hohe Integration ohne Beitritt*

Laurent Goetschel: *Eine demokratisch legitimierte Revolution*

DIE NEUE POLIS - 2009 Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich (CHF 20.-)



Identität Europas: Buchbesprechung

Georg Kreis, Leiter des Europainstituts der Universität Basel

Noch ein Buch über die europäische Identität. Aber kein Buch, das vermeintlich einmalige Essenz des Europäischen festschreiben will. Die wesentlichen Beiträge jüngsten Werks des Wiener Historikers Wolfgang Schmale bestehen in bedenkenwerten Vorschlägen, wie man „Europa denken“ soll, um ein Wort des französischen Soziologen Edgar Morin von 1987 aufzunehmen. Erstens soll man Europa weniger als Einheit denken, sondern als sich verdichtendes Netzwerk und dieses als etwas, was zugleich Stabilität und Flexibilität ermöglicht. Und zweitens soll man Europa nicht über kanonische Meistererzählungen definieren wollen, sondern in Hypertexten einzufangen versuchen.

Hypertexte statt Meistererzählungen: Mit flexiblen Formulierungen des Verständnisses des eigenen kollektiven Seins könne man, so Schmale, sowohl gegen innen wie gegen aussen anschlussfähige Haltungen einnehmen und entsprechende Lösungen finden. Innergesellschaftlich gegenüber den wachsenden Anteilen der Migrationsbevölkerung wie gegenüber den akzentuierten Individualisierungen. International etwa gegenüber Russland oder der Türkei solle man, statt mit „Partnerschaften“ in schwerfälligen Kategorien von Einheits-Staatlichkeit zu operieren, mit einem flexiblen Netzwerkverständnis differenzierte Teilhabe ermöglichen.

Jahrzehnte lang ist stets von Einheit die Rede gewesen und eine Übertragung des nationalstaatlichen Modells auf die supranationale Gemeinschaft angestrebt worden. Inzwischen gibt es gute Gründe, auch den Nationalstaat nicht mehr als blockartiges Gebilde zu verstehen. Schmale empfiehlt, was mittlerweile nicht mehr nötig sein müsste, aber nicht genug wiederholt werden kann: Identität, Kultur, Europa sollten

im Plural gedacht, sie sollten nicht essentialistisch und statisch sondern konditional und dynamisch, ja flüssig aufgefasst werden. Zudem sollte man gerade bei einer Gemeinschaft, die in noch höherem Masse als die älteren, nationalen Staaten unterwegs zu einer nicht abschliessend definierten Zukunft ist, das Prozesshafte und Dynamische ins Zentrum stellen. Darum der Vorschlag, den Europäischen Demos statt als einzig Volk von europäischen Brüdern und Schwestern als eine sich strukturell verdichtende Netzwerk-Gesellschaft zu verstehen. Was diese produziert, ist nicht traditionelle Einheit, sondern Kohärenz über Verknüpfung von andauernd Vielfältigem. Kohärent ist demnach nicht die Ausgangslage, sondern allenfalls das Ergebnis. Die Ermunterung, Europa auf diese Weise zu denken, stimmt mit einem kulturgeschichtlichen Interesse überein, wie es - auch ohne Bezug auf Europa - mit Schlüsselbegriffen wie „histoire croisée“ oder „connected history“ gefordert und umgesetzt wird. Sie kann an Margaret Shennan's „Teaching about Europe“ (1991) anknüpfen.

Es wäre sonderbar, wenn der Historiker die Bedeutung der Geschichte leugnen würde. Schmale hält fest, dass historische Prozesse zu Seditimentierungen mit Resultaten führen, die eine gewisse Zeit eine tragende Grundlage bilden. Andererseits muss er gerade als Historiker gegen ein Verständnis antreten, das sich in simplen Wurzelsvorstellungen ergeht und meint, dass die europäische Identität in der Vergangenheit zu finden sei. Sehr beherzigenswert ist der Hinweis, dass Geschichte nicht selbst wirkt, sondern von der Rezeption lebt. Ob das nun spezifisch europäisch ist oder nicht, Schmale erkennt in den rezeptiven Haltungen, die ihren „Ursprung“ sozusagen ausserhalb sich selbst sehen, wie die Römer gegenüber den

Griechen und die Christen gegenüber den Juden, ein Wesensmerkmal europäischen Seins. Dieses Sein ist nicht aus der Geschichte programmiert, es ist über Selbstzuordnung in der jeweiligen Gegenwart bestimmt. Man ist, wozu man sich bekennt. Der Terminus des „gemeinsamen Erbes“ kann bleiben, weil man Erbschaften annehmen, zum Teil aber auch ausschlagen kann.

Besondere Anerkennung verdient, dass Wolfgang Schmale immer wieder das Verhältnis zur aussereuropäischen Welt und die Bedeutung der Kolonialgeschichte anspricht. Das europäische Selbst bestimmte sich zum Teil aus der Wahrnehmung des anderen und den entsprechenden Alteritätsdiskursen. Die Konfrontation mit den Osmanen und die Entdeckung der amerikanischen Länder förderte im 15./16. Jahrhundert zunächst vor allem die Konstituierung eines kontinentalen und christlichen Europaverständnisses. Die rassistische Konstruktion des *Homo europeus* setzte Ende 18. Jahrhundert ein und gelangte im 19. Jahrhundert zur vollen Blüte.

Bis in die 1970er Jahre stellt Schmale eine bemerkenswerte Permanenz des kolonialen Weltbildes fest. Die Dekolonisation habe nicht automatisch eine Enthierarchisierung des Blicks gebracht. Die von Schmale schon in früheren Schriften aufgegriffene und in die Historiographie eingespeiste Erklärung des Kopenhagener Gipfels vom Dezember 1973 „Über die Europäische Identität“ wird als ein sich überschätzendes Bekenntnis der europäischen Zivilisation mit globalem Ordnungsauftrag charakterisiert. Trotz der Ölkrise oder gerade ihrer wegen hat die EG - wenig reflexiv - darauf beharrt, der Zivilisationskern der Welt zu sein.

Schmale schlägt noch eine dritte Art, Europa zu denken, vor: Europa als eine Grösse, die sich mit den Jahren zu einem selbstreflektiven Gebilde entwickelt. Selbstreflektiv heisst hier: Distanziert zu unkritisch repetierten Erfolgsgeschichten, zu essentialistischen Identitätsvorstellungen und naiven Wurzelsvorstellungen. Gewiss könnte man auch hier den Eindruck gewinnen, dass aus der Not eine Tugend gemacht wird. Von des Zweifels Blässe angekränkt, hat die EU insbesondere

in der Weltpolitik einige Mühe, nötige Leidenschaften zu entwickeln.

Zum Schluss werden die Leser aufgefordert, sich von traditionellen Denkmodellen insbesondere bezüglich Einheit zu verabschieden. Die räumliche wie graduelle Zunahme von Interaktionen würden auch die Differenzen (Nicht-identitäten) anwachsen lassen. Darum sei Identität nicht in den stark variierenden Essenzen zu suchen, sondern in deren Zusammenwirken, das heisst in

der Produktion eben von sozialer Kohärenz. Solche Vorschläge setzen sich freilich dem Verdacht aus, die (zu) hohen Zielsetzungen des Europaprojekts mit einem Discountverständnis in die Nähe des praktisch Erreichbaren zu bringen. Sie haben aber den grossen Vorzug, der Realität besser zu entsprechen.

Wolfgang Schmale, *Geschichte und Zukunft der Europäischen Identität*. Stuttgart Kohlhammer 2008. 246 S.

Informationstag für Studieninteressierte am 08. Januar 2009

Die zwei Angebote (MA in European Studies & MAS Master of Advanced Studies in European Integration) des Europainstituts stiessen auf reges Interesse am Informationstag für Studieninteressierte der Universität Basel am 8. Januar 2009. Jacqueline Wininger und Tanja Popovic gaben dem interessierten Publikum umfassend Auskunft. (ab)



Veranstaltungen

Workshop mit offener Teilnehmerschaft zu den Minderheitenfragen auf der Krim

17. Februar 2009, 10.15-12.30 Uhr

Präsentation: Yuriy Yakymenko

Distinctive features of identity, socio-political and ideological orientations of the population of Crimea, interethnic and interconfessional situation in the Autonomy as seen by its citizens.

Moderation: Georg Kreis
Europainstitut, Universität Basel

Anmeldungen: per Email europa@unibas.ch
oder Telefon 061 317 97 67

Vortragsreihe Babylon Europa

vom 11. März bis 29. April 2009

jeweils mittwochs, 18.15 - 19.30 Uhr, Kollegiengebäude, Universität Basel

Georg Kreis, Basel: *Europa Vielfalt in der Einheit*
Konrad Ehlich, München: *Sprachregime in der EU*
Miriam Locher, Basel: *Englisch als Weltsprache*
Annelies Häcki-Buhofer, Basel: *Unterschiedliches Reden in der gleichen Sprache*
Georges Lüdi, Basel: *Unperfektes und mehrsprachiges Reden*
Alexandre Duchêne, Fribourg: *Mehrsprachigkeit am Arbeitsplatz*
Gabriele Müller, Lausanne: *Mehrsprachigkeit an oberen Schulen*

Mehr Informationen dazu finden Sie unter: www.europa.unibas.ch